Durchführungsbestimmungen vor der Beschlußfassung mit Vertretern der Arbeiter, der werktätigen Bauern oder der Intelligenz beraten werden. Alle Mitarbeiter des Staatsapparates müssen sich bewußt sein, daß unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauernmacht sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Durchführung der Gesetze die Übereinstimmung der Interessen der Gesellschaft mit den persönlichen Interessen der Mehrheit der Werktätigen gewährleistet sein muß. Deshalb ist es ein grundsätzlicher Fehler, wenn bei der Durchführung von Gesetzen die Auswirkung auf die arbeitenden Menschen nicht genügend beachtet wird.

Wie wenig das manchmal beachtet wird, zeigt folgendes Beispiel: Die Regierung beschloß ein Gesetz zur Förderung des Handwerks, durch das gleichzeitig eine Verwaltungsvereinfachung für die Abgabenverwaltung erreicht werden sollte. Die Mitarbeiter des Ministeriums der Finanzen haben zu diesem Gesetz nicht weniger als 8 Durchführungsbestimmungen, 1 Beriditigung der 1. und 2. Durchführungsbestimmung, 3 Verordnungen zur Ergänzung und Änderung der Steuertarife des Handwerks, 9 Rundverfügungen, 11 Anweisungen, 6 Anordnungen, 3 Kommentare mit 323 Seiten und 1 Sonderdruck mit den drei in der 8. Durchführungsbestimmung als Anlage genannten Tabellen herausgegeben! (Heiterkeit.) Es ist ganz klar, daß sich sowohl die Angestellten der Abgabenverwaltung als auch die Handwerksmeister nur mühsam durch diesen Papierwust hindurchfinden können.

Auch das Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel gibt für Exportaufträge so viel Formblätter heraus, daß der Werkleiter oder Handwerksmeister die meiste Zeit mit der Ausfüllung der Formblätter zu tun hat.

Jetzt sind gewisse staatliche Stellen dabei, die Abteilungen für Landwirtschaft bei den Räten der Bezirke und Kreise in Papier zu ersticken. Statt daß die Mitarbeiter der Abteilungen für Landwirtschaft bei den Bezirks- und Kreisräten 80 Prozent ihrer Zeit in den Maschinentraktorenstationen und Dörfern verbringen, haben sie so viele Fragen über die Produktionsgenossensdiaften zu beantworten, daß sie kaum Zeit haben, die Produktionsgenossenschaften zu fördern.

Uns liegt ferner ein Bericht vom Dieselmotoren-Werk Rostock vor, das für seine Aufträge Vordruckformulare bestellen mußte und dazu - nur um die Vordruckformulare zu bekommen - in der Zeit vom